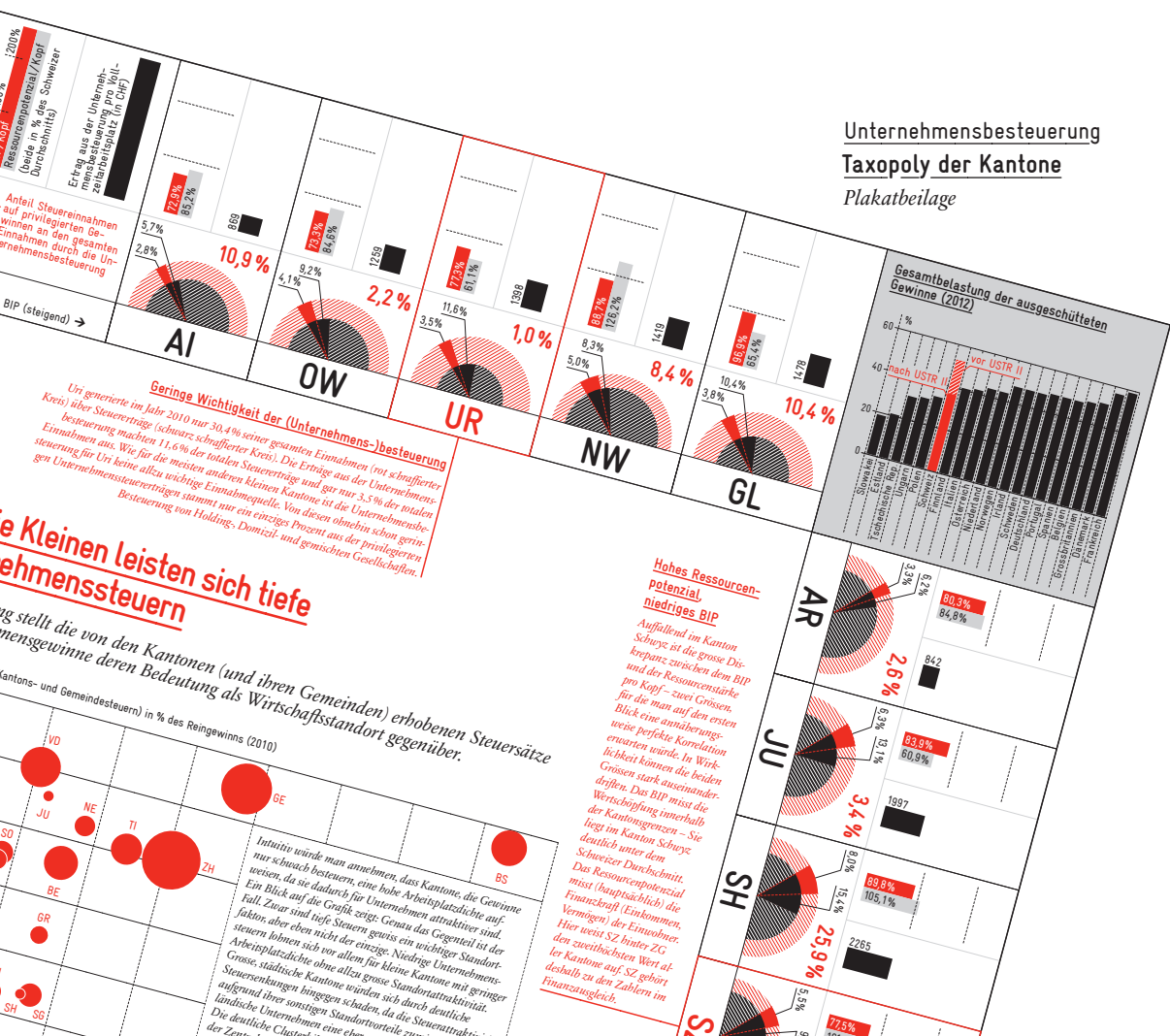


avenir aktuell

01/2013

- 2 - Editorial
- 3 - Zukunft
- 6 - Pensionskassen
- 7 - Zahlen
- 8 - Innovation
- 9 - Demokratie
- 10 - Mittelstand
- 12 - Energiewende
- 14 - Internet
- 15 - Wie bitte?
- 16 - Sozialpolitik
- 17 - Arbeitsmarkt
- 18 - Rohstoffbranche
- 19 - Lektüre
- 20 - Publikationen

Unternehmensbesteuerung Taxopoly der Kantone Plakatbeilage





Gerhard Schwarz
Direktor Avenir Suisse

Auf ruhr im Paradies – der Titel eines unlängst erschienenen Buches beschreibt die Befindlichkeit der Schweizerinnen und Schweizer präzise. Sie geniessen den höchsten Lebensstandard, den es für die breite Bevölkerung in der Geschichte je gab. Und sie erregen sich, weil nicht alle Wohnungssuchenden in den wieder begehrten Kernstädten ein bezahlbares Angebot finden, weil unter den Pendlern in den Stosszeiten die in Tokio oder Los Angeles üblichen Zustände herrschen, weil Wirtschaftsflüchtlinge ihr Gastrecht missbrauchen oder weil Manager, die Millionen beziehen (aber nicht immer verdienen), die mit ihrer Macht und ihrem Einkommen verknüpfte Verantwortung nicht genügend wahrnehmen. Kurz: Die Menschen in aller Welt können die Schweizer um ihre Sorgen beneiden.

Die Probleme der Schweiz – die nicht verniedlicht werden sollen – haben nämlich meist mit dem Wohlstand zu tun, den sie sich über Jahrhunderte erarbeitet, und mit dem Erfolg, den sie im letzten Jahrzehnt erzielt hat. Von der günstigen Lage zeugen harte Zahlen. Selbst über die Jahre der Finanzkrise hinweg verzeichnete die Schweiz Wirtschaftswachstum sowie Überschüsse im Staatshaushalt. Sie erfüllt deshalb, während Europa unter der Schuldenkrise ächzt, als eines von wenigen Ländern die Maastricht-Kriterien. Und sie behauptet im Global Competitiveness Report des WEF seit Jahren einen Spitzenplatz, nachdem noch vor zwanzig Jahren führende Ökonomen befürchtet hatten, sie werde «vom Sonderfall zum Sanierungsfall».

Dennoch wäre Selbstzufriedenheit fehl am Platze. Die Schweiz kam nur mit Einsatz, Umsicht und Klugheit sowie einigem Glück so weit. Und sie bleibt letztlich Einäugiger unter Blinden. Es steht bei weitem nicht alles zum Besten. Zudem hätte es auch anders kommen können – und es kann wieder ganz anders kommen. Deshalb muss die Schweiz ihr Erbe bewahren und entwickeln. Dafür setzt sich Avenir Suisse ein: mit dem Buch «Ideen für die Schweiz», das eben erschienen ist, und mit den Projekten, die wir Ihnen in diesem Heft vorstellen.

Wie die Schweiz weiter blüht

«44 Chancen, die Zukunft zu gewinnen» zeigt das Buch «Ideen für die Schweiz» von Avenir Suisse: 44 Vorschläge für morgen und übermorgen, teils auch provokativ, wie die Schweiz ein Standort für eine starke Wirtschaft bleiben kann.

Gerhard Schwarz

Wer ein gutes Leben führen möchte, sollte in der Schweiz auf die Welt kommen: Das stellen nicht eidgenössische Patrioten fest, sondern die Analysten des britischen Wirtschaftsmagazins «The Economist». Aufgrund von elf Indikatoren zur Lebensqualität erarbeiteten sie ihren «Where-to-be-born»-Index für 2013. Und in dieser Wertung steht die Schweiz mit etwas Abstand vor Australien und Norwegen an der Spitze. Beim letzten Mal, 1988, lag sie als «Land zum Gähnen» nur auf dem 13. Rang. In den schwierigen Zeiten, die bevorstehen, betrachten die Analysten die Langeweile aber als Qualität.

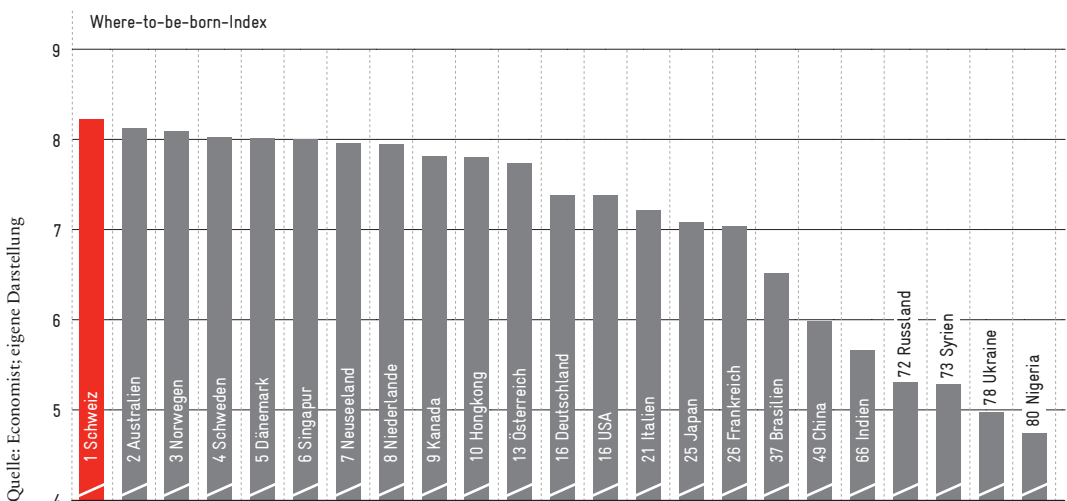
Die Schweizerinnen und Schweizer können sich über die günstige Beurteilung freuen – ihr Land steht tatsächlich inmitten der globalen Ver-

schuldungskrise glänzend da. Und auch andere Experten sehen für die Schweiz eine erfreuliche Zukunft. So sagen ihr die Analytiker der Credit Suisse für die kommenden Jahre trotz Schuldenkrise, Wachstumsschwäche und Währungsturbulenzen in den wichtigsten Exportmärkten ein «kleines Wirtschaftswunder» voraus.

Das Wunder könnte sogar mittelfristig anhalten, wenn Bert Rürup und Dirk Heilmann zu glauben ist: In ihrem Buch «Fette Jahre» erklären sie gemäss dem Untertitel, «warum Deutschland eine glänzende Zukunft hat». Bis 2030 gehe die Globalisierung ungebremst weiter, mit immer neuen Schwellenländern, die den Anschluss schafften. Maschinen, Elektrotechnik, Fahrzeuge und Chemie machen drei Viertel der deutschen >>

Warum die Schweizer das grosse Los ziehen

Wo muss man in der Lotterie des Lebens heute auf die Welt kommen, um die besten Zukunftsaussichten zu haben? Die Economist Intelligence Unit, die Analyseabteilung des Wirtschaftsmagazins «The Economist», beantwortet diese Frage aufgrund von elf Indikatoren. Und sie kommt zum Schluss: Die beste Zukunft haben die Schweizer.



Quelle: Economist; eigene Darstellung

Die 44 Ideen im Überblick

<i>Thema</i>	<i>Ideen für morgen</i>	<i>Ideen für übermorgen</i>
Arbeitsmarkt und Migration	01_ Altersneutrale BVG-Beiträge zur Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer 02_ Verzicht auf spezifische Standortförderung	03_ Freiwillige Abgabe bei Neueinstellungen aus dem Ausland
Geld und Währung	04_ Rückkehr zu einer einfacheren Bankenregulierung 05_ Ungewichtete Eigenkapitalquote für Banken	06_ Stärkung der Transparenz bei der SNB 07_ Kein verbriefter Anspruch von Bund und Kantonen auf Gewinnanteile der SNB
Steuerpolitik	08_ Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer 09_ Säule 3c: Ein neues Vorsorgeprodukt mit Vorauszahlung der Steuerschuld	10_ Von der direkten Bundessteuer zur Eidgenössischen Konsumsteuer
Bildung, Forschung, Innovation	11_ Mehr Allgemeinbildung und weniger Spezialisierung in der Berufslehre 12_ Einführung von dualen Studiengängen an den Fachhochschulen	13_ Ausdifferenzierung der Hochschullandschaft 14_ Von der Anbieter- zur Nachfragerfinanzierung: das Bildungskonto
Altersvorsorge	15_ Aufhebung des gesetzlichen Rentenalters 16_ Einführung einer Schuldenbremse in allen Sozialversicherungen	17_ Entpolitisierung des Umwandlungssatzes im BVG 18_ Vollkapitalisierung der öffentlich-rechtlichen Pensionskassen 19_ Freie Pensionskassenwahl durch die Mitarbeiter
Gesundheit	20_ Institutionalisierte Kosten-Nutzen-Analyse im Leistungskatalog der Grundversicherung 21_ Abschaffung der kantonalen Spitalplanung und des Kontrahierungszwangs	22_ Höhere und differenzierte private Kostenbeteiligung in der Grundversicherung 23_ Einführung eines Medical Savings Account
Verkehr	24_ Schrittweise Erhöhung des Kostendeckungsgrades im Verkehr 25_ Transparenz und Priorisierung bei der Infrastrukturfinanzierung	26_ Umfassendes «Mobility Pricing» auf Schiene und Strasse 27_ Privatisierung der Verkehrsinfrastruktur
Energie	28_ Flexible Marktpreise für alle Stromverbraucher 29_ Marktorientierte Steuerung des Kraftwerkparks	30_ Etablierung eines Energiefonds der Kantone 31_ Privatisierung des Stromübertragungsnetzes
Räumliche Entwicklung	32_ Koordinierte Raumentwicklung in den Metropolitanregionen 33_ Mechanismus zur räumlichen Verschiebung der Bauzonenreserven	34_ Parklandschaften für eine urbane Schweiz 35_ Steuerung von Schrumpfungprozessen in potenzialarmen Räumen
Corporate Governance	36_ Proporzsystem bei der Wahl der Verwaltungsräte 37_ Bessere Rahmenbedingungen für Hedge-Fonds	38_ Die Kumulusaktie als Anreiz für loyale Anleger
Politische Institutionen	39_ Anpassung der Hürden für Volksinitiativen und Referenden 40_ Das Volk als Schiedsrichter zwischen National- und Ständerat 41_ Eine Bundesverfassung, die Kantonszusammenschlüsse erleichtert	42_ Ein Finanzausgleich, der Anstrengung belohnt 43_ Steuer- und Stimmrechtsplitting zwischen Wohn- und Arbeitsort
Gesellschaftspolitik		44_ Umwandlung der Wehrpflicht in eine allgemeine Dienstpflicht

» Exporte aus, und diese vier Kategorien gehören in allen BRIC-Ländern zu den wichtigsten Importgütern. Daraus schliessen Rürup und Heilmann: «Die von Investitionsgütern dominierte Produktpalette der deutschen Industrie passt wie der Schlüssel zum Schloss zur Nachfrage der Schwellenländer.»

Das gilt für Schweizer Unternehmen nicht minder. Sie gliedern sich nicht nur in die Wertschöpfungsketten der deutschen Konzerne ein, sondern stehen auch oft mit ihnen im Wettbewerb. Dazu kommen als spezifische Trümpfe der Schweiz der Rohstoffhandel, der Finanzplatz und die Produktion von Luxusgütern, für die sich Milliardenmärkte öffnen.

Stärken stärken, Schwächen schwächen

Aber trotz dieser glänzenden Aussichten dürfen sich die Schweizerinnen und Schweizer nicht in Sicherheit wiegen. Die herausragende Stellung kann die Schweiz nur halten, wenn sie sich nicht auf ihren Errungenschaften ausruht, sondern weiter Ehrgeiz beweist. Grundsätzlich muss sie, so ambitiös dies klingen mag, wirtschaftlich stets und überall etwas besser sein – auch wenn ihr dies noch mehr Neider und Gegner einbringt. Das zwingt zu dauernder Standortpflege und zu unablässigem Fitnessstraining, um günstige Bedingungen für die Aussenwirtschaft zu schaffen. Und die Schweiz braucht wegen ihrer vielen natürlichen «Nachteile» – obwohl sich diese beim zweiten Hinsehen nicht immer als Nachteile erweisen – eine mittel- bis langfristige Reformpolitik, die Stärken stärkt und Schwächen schwächt.

Das ist der Hintergrund, vor dem das Buch geschrieben wurde, das Avenir Suisse im Januar herausgegeben hat: «Ideen für die Schweiz – 44 Chancen, die Zukunft zu gewinnen». Mit ihren Vorschlägen für morgen und übermorgen (siehe Tabelle links) wollen die Autoren Anstösse zur Weiterentwicklung des Erfolgsmodells Schweiz geben, oft mutig vorausschauend, aber zugleich doch meist an das Bestehende anknüpfend, wie es Walter Adolf Jöhr, einer der führenden schweizerischen Ökonomen des 20. Jahrhunderts, gefordert hat.

Ideen für die Schweiz

Avenir Suisse zeigt «44 Chancen, die Zukunft zu gewinnen»

Wie sollte sich die Schweiz wandeln, damit sie ihr Erbe bewahren und entwickeln kann? Dies zeigt das aktuelle Buch von Avenir Suisse. Es ist

eine Sammlung von liberalen, marktwirtschaftlichen Ideen zur Stärkung der Schweiz. Das Buch lanciert keine Grossprojekte à la Olympische Spiele 2022, und es behandelt keine

Sektoren wie den Finanzplatz oder die Landwirtschaft, sondern Rahmenbedingungen für alle.

Das Buch stellt Ideen vor, die Avenir Suisse in den letzten Jahren lanciert hat, die aber noch der Verwirklichung harren, aber auch Ideen, die neu und bewusst provokativ sind. Darunter finden sich umfassende Vorschläge wie eine fundamentale Steuerreform ebenso wie spezifische etwa zur Raumplanung; kurzfristig umsetzbare Reformen wie mehr Wahlfreiheit in der beruflichen Vorsorge ebenso wie zeitlich weitreichende wie das Bildungskonto; und Innovationen, die traditionelle Stärken wie das Milizsystem oder den Steuerwettbewerb stützen, ebenso wie einige, die für die Schweiz ungewohnt sind, im Ausland aber bereits praktiziert werden, wie das Mobility Pricing.

Alle diese Ideen sollen dazu dienen, das Haus Schweiz in Ordnung zu halten, es also vorausschauend so zu gestalten, dass es in möglichst vielen Situationen seine Qualität und Stabilität behalten kann.

www.avenir-suisse.ch/23678/ideen-fur-die-schweiz



Keine Sonderbehandlung für öffentliche Kassen

Bei den staatlichen Pensionskassen klafft ein Loch von insgesamt rund 50 Milliarden Franken. Auch künftig sollen sie nicht einen Deckungsgrad von 100 Prozent aufweisen müssen. Diese Sonderregelung für öffentlich-rechtliche Kassen ist abzuschaffen.

Jérôme Cosandey

Manche Gesetze lauten für öffentlich-rechtliche und privat-rechtliche Pensionskassen unterschiedlich. Dadurch fühlen sich Versicherte in privat-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen häufig ungerecht behandelt. So müssen zum Beispiel privat-rechtliche Pensionskassen in Unterdeckung Sanierungsmassnahmen ergreifen, damit sie innert 5 bis 7 Jahren wieder einen Deckungsgrad von 100 % erreichen. Anders sieht es für öffentlich-rechtliche Pensionskassen aus, also für jene der öffentlichen Hand. Hier muss sich der Staat bis Ende 2013 entscheiden:

Entweder spricht sich der Staat für eine «Vollkapitalisierung» seiner Vorsorgeeinrichtungen aus. In diesem Fall hätten Kassen in Unterdeckung bis in spätestens zehn Jahren einen Deckungsgrad von 100 % aufzuweisen.

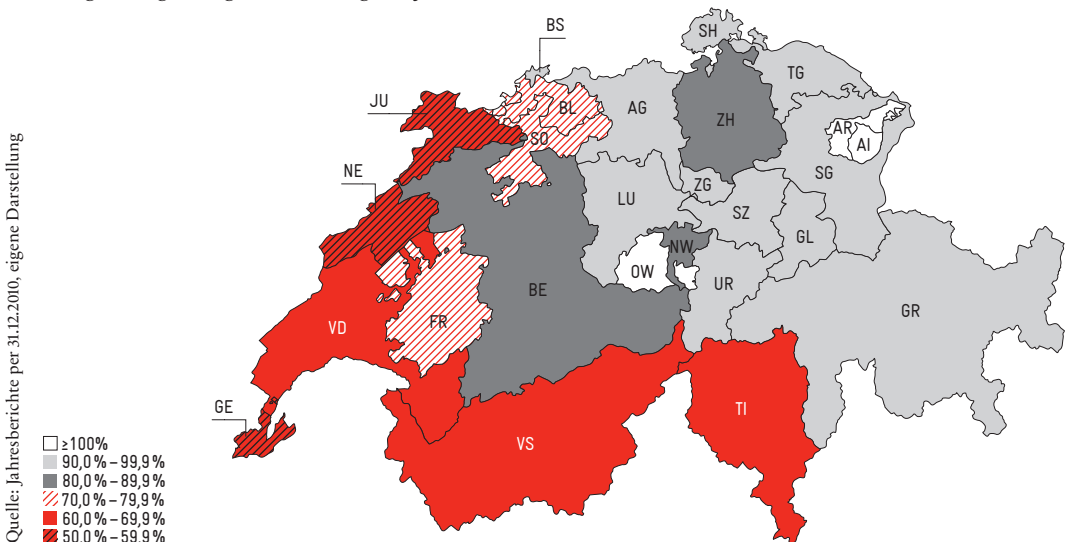
Oder die öffentlichen Pensionskassen erhalten eine Staatsgarantie. Bei dieser «Teilkapitalisierung» wären die Pensionskassen über einen Zeitraum von 40 Jahren, also bis 2052, wieder ins Lot zu bringen. Bis dann wäre lediglich ein Deckungsgrad von mindestens 80 % gefordert.

Rund 50 Milliarden fehlen

Das System der Teilkapitalisierung im BVG ist stossend. Eine Teilkapitalisierung – oder Dauerunterdeckung – bedeutet nichts anderes, als dass laufende und heute versprochene Renten nicht mit genügend Kapital unterlegt sind. Die fehlenden Mittel sind beträchtlich und betragen schätzungsweise 50 Mrd. Fr. Sie werden über Steuer-gelder (innerhalb der gleichen Generation) oder über Schulden (Übertragung der Kosten auf kom-

Der Röstigraben bei den kantonalen Pensionskassen

Nur wenige kantonale Pensionskassen stehen gut da (AI, AR, OW). Vor allem in der Romandie und im Tessin drängen sich grundlegende Sanierungen auf.



mende Generationen) finanziert. Beide Arten von Umverteilung sind systemfremd, da in der beruflichen Vorsorge jeder für seine eigene Vorsorge sparen soll.

Die Begründung für die unterschiedliche Behandlung privat- und öffentlich-rechtlicher Pensionskassen ist (zu) einfach: Bei privatrechtlichen Vorsorgeeinrichtungen könnten die Arbeitgeber ihre Aktivitäten einstellen (Konkurs, Fusionen, Verlagerung ins Ausland). Deshalb müsse jederzeit gewährleistet werden, dass die Renten sicher sind. Anders sehe es bei öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen aus, da der Staat auch in hundert Jahren da sein wird.

Auch der Staat ist nicht von Dauer

Diese Argumentation greift zu kurz. Zwar verschwindet der Staat nicht, aber er muss seine Aufgaben laufend an neue gesellschaftliche Entwicklungen anpassen. So wurden SBB, Post und Swisscom verselbständigt. Die Pensionskasse dieser Betriebe war zur Zeit der Ausgliederung in Unterdeckung, der Bund musste plötzlich 21 Mrd. Fr. für die Ausfinanzierung dieser Vorsorgeeinrichtungen aufbringen.

Nebst dem Aufgabenkatalog der staatlichen Körperschaften bleibt auch ihr Einzugsgebiet nicht gleich. Laut einer Studie von Avenir Suisse haben seit dem Jahr 2000 über 600 Gemeinden fusioniert. Unterschiedliche Deckungsgrade der Gemeinde-Pensionskassen und die Frage, wer die Kosten für die Ausfinanzierung trägt, können ein Fusionsvorhaben zum Scheitern bringen.

Das Argument der Dauerhaftigkeit staatlicher Institutionen ist also nicht stichhaltig. Die Sanierung öffentlich-rechtlicher Pensionskassen hat deshalb hohe Priorität, auch wenn es in Anbetracht der Kosten von 50 Mrd. Fr. lange Übergangsfristen braucht. Dabei sollte die Vollkapitalisierung unter Verzicht auf die Staatsgarantie angestrebt werden. Vor allem ist aber mittelfristig die im Dezember 2010 verabschiedete Revision des BVG zu korrigieren und die Sonderbehandlung öffentlich-rechtlicher Körperschaften, vor allem die Zulassung einer Teilkapitalisierung, aufzuheben.

Online-Publikation: 31.10.2012

Zahlen

28,2 % – 20,9 %

Die Schweizer sind (noch) reicher, als sie denken, denn das offizielle Bruttoinlandprodukt weist nur Leistungen aus, für die Geld fliesst. Von der gesamten Wertschöpfung der Schweiz machte 2010 das BIP mit 574 Mrd. Fr. aber nur 61% aus, die restlichen 39%, also 367 Mrd., entfielen auf unbezahlte Arbeit. 1997 war dieses Verhältnis sogar noch umgekehrt, mit einem Anteil von 42% für die bezahlten und von 58% für die unbezahlten Leistungen. Dieser Vergleich zeigt allerdings auch, dass es eine Wachstumsillusion gibt. Das offizielle BIP wuchs zwischen 1997 und 2010 real um 28,2%. Darin floss aber auch ein, dass der Anteil der unbezahlten Arbeit sank, was vor allem am Einbezug der Frauen in den Arbeitsmarkt liegen dürfte. Wenn der Anteil der unbezahlten Arbeit immer noch gleich hoch wäre wie 1997, hätte das BIP-Wachstum nur 20,9% betragen – ein Viertel der Steigerung verdankt sich also einfach der Statistik.

17 629 Mio. Tonnen

Das Kyoto-Protokoll, mit dem die Industriestaaten ihren CO₂-Ausstoss zurückfahren wollten, ist Ende 2012 ausgelaufen. Und noch gibt es keinen Nachfolge-Vertrag dafür – und es wird ihn wohl nie geben, nachdem auch die Klimakonferenz von Doha Ende 2012 kein Ergebnis gebracht hat. Die USA stimmten der Verpflichtung nie zu (senkten aber ihre Emissionen dank dem Ersatz von Kohle durch «unkonventionelles» Gas gemäss dem Protokoll). China, mittlerweile mit dem grössten CO₂-Ausstoss, Indien und Brasilien wehren sich gegen jegliche Einschränkungen ihres Wachstums. Und Russland, Japan und Kanada kündigten deshalb inzwischen das Protokoll auf. Verpflichten wollen sich nur Australien, die EU und die Schweiz – sie stiessen 2010 rund 12% der 17 629 Mio. Tonnen CO₂ aus. Das Kyoto-Protokoll hat aber schon gewirkt, meinen Spötter: Seit es 1997 in Kraft trat, steigt die globale Temperatur nicht mehr und liegt jetzt unter allen Prognosen des Klimarates IPCC seit 1990.

Viel Geist dank dem Geld

Bei den Patentanmeldungen pro Kopf steht die Schweiz einsam an der Spitze. In den Krisenländern gibt es dagegen wenig Hoffnung auf Innovation.

Gerhard Schwarz

Ein wichtiger Indikator künftiger Wettbewerbskraft sind Patente. Diese Zahlen bieten wenig Hoffnung für die Länder, die besonders tief im Sumpf der Krise stecken. Und sie unterstreichen einmal mehr die Ausnahmestellung der Schweiz. In der Übersicht über die absolute Zahl der beim Europäischen Patentamt in München (EPO) eingereichten Patente (für 2010) tauchen die meisten Krisenstaaten so weit hinten auf, dass sie sich kaum darstellen lassen. Während Österreich an 15. Stelle mit 1730 Patentanmeldungen aufwartet, sind es beim mehr als fünfmal so grossen Spanien nur 1436. Einzig Italien zählt bei Patenten zu den «Grossen», allerdings deutlich abgeschlagen gegenüber Deutschland, das fast siebenmal so viele Anmeldungen aufweist.

Die Schweiz liegt mit 6742 Anmeldungen an fünfter Stelle. Und noch eindrücklicher ist die

schweizerische «Performance», wenn man die Patentanmeldungen pro Kopf der Bevölkerung vergleicht. Hier kommt die Schweiz auf einen gut 12-mal so hohen Wert wie Italien und einen fast 10-mal so hohen wie Grossbritannien.

Weshalb sind die Schweizer so gut?

Die Sonderstellung der Schweiz lässt sich weder nur mit der Kleinheit des Landes erklären noch mit branchenspezifischen Eigenheiten, auch nicht nur mit der Tatsache, dass Holdingsitze oft der Bündelung von Patentanmeldungen und Lizenzeneinnahmen dienen. Unter den 10 fleissigsten Patentanmeldern aus der Schweiz befindet sich nämlich nur ein Unternehmen, das man als Holding betrachten kann, der Rest sind traditionelle Namen der Schweizer Wirtschaft.

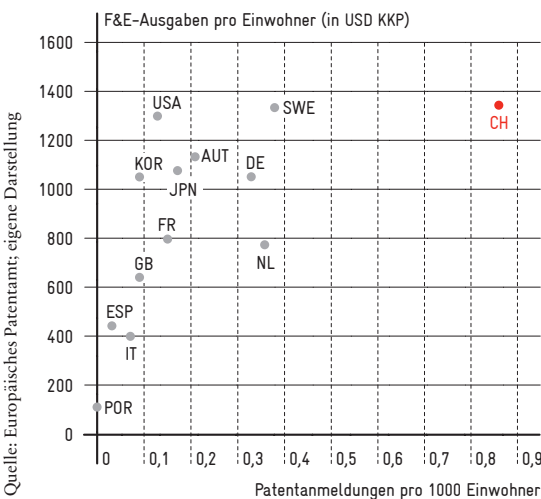
Die Ausnahmestellung der Schweiz wird noch ungewöhnlicher, wenn man die Patente in Beziehung setzt zu den staatlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben im engeren Sinn. Die vier Spitzenreiter bei den Patentanmeldungen geben – bezogen auf das Bruttoinlandprodukt – alle das 15-Fache (und mehr) der Schweiz aus, in absoluten Zahlen pro Kopf (zu Kaufkraftparitäten umgerechnet) mindestens das 10-Fache. Man fragt sich, wie das möglich ist.

Des Rätsels Lösung findet sich in zwei Richtungen. Zum einen bewegen sich die staatlichen Forschungsausgaben in der Schweiz, wenn man jene für die Hochschulen einbezieht, pro Kopf um 350 Dollar; sie werden nur noch von jenen der USA (450 Dollar) übertroffen. Zum anderen liegt die Schweiz beim privaten Forschungsaufwand pro Kopf ganz knapp vor Schweden und den USA an der Spitze. Gleichwohl bleibt es eine Leistung, dass die Schweiz mit dem praktisch gleichen Einsatz mehr als sechsmal so viele Patentanmeldungen «herausholt» wie die USA.

Online-Publikation: 29.10.2012

Hohe Ausgaben, grosser Ertrag

Die Schweizer Forscher und Entwickler bekommen mit den Amerikanern und den Schweden weltweit am meisten Geld – und sie liefern dafür ein Mehrfaches.



Quelle: Europäisches Patentamt; eigene Darstellung

Weniger Abstimmungen wären mehr

Die Unterschriftenzahlen für Initiative und Referendum wurden nie dem Bevölkerungswachstum angepasst. Dies hat zur heutigen Flut von Vorlagen geführt.

Lukas Rühli

Abstimmungen sind in der Schweiz in: Über neun Initiativen hat das Volk seit Januar 2011 abgestimmt, eine weitere ist abstimmungsreif, acht sind im Parlament hängig, über neun hat noch der Bundesrat zu befinden. Diese Zahlen sind nur der vorläufige Kulminationspunkt einer Entwicklung, die seit einigen Jahrzehnten zu beobachten ist. Immer stärker dominiert das Volk auch national den Gesetzgebungsprozess.

In der Tat wurden die Mitwirkungsrechte der Bürger seit 1848 kontinuierlich ausgebaut, so 1874 mit dem fakultativen Gesetzesreferendum, 1891 mit der Initiative auf Teilrevision der Bundesverfassung, 1921, 1977 und 2003 im Bereich der Aussenpolitik, 1971 – endlich – mit dem Frauenstimmrecht und 1988 mit der Einführung des «doppelten Ja». Heute können die Schweizer Bürger in einem Ausmass öffentliche Angelegenheiten entscheiden wie nirgends in der Welt.

Die zunehmende Dominanz des Volkes in der Gesetzgebung ist jedoch nicht auf diesen bewussten Ausbau der Volksrechte zurückzuführen, sondern auf eine mathematische Tatsache (siehe Grafik): 1891 mussten 7,7% der Stimmberechtigten eine Initiative bzw. 4,6% ein Referendum unterschreiben, um eine Volksabstimmung zu erzwingen, heute reichen dafür weniger als 2% (Initiative) bzw. 1% (Referendum).

Kann sich der Souverän zügeln?

Dies führt zur Initiative- und Referendumsflut. Besonders augenfällig ist die stete Zunahme der Anzahl Initiativen von 7 in den 1960ern auf 36 während der 2000er und aller Wahrscheinlichkeit nach auf deutlich über 40 während der 2010er Jahre. Doch auch die Anzahl der Referenden hat sich verdreifacht. Organisierte Interessen können heute so gut wie jedes Referendum erzwingen, und immer öfter kommen Initiativen zustande, die nur von kleinen Verbänden getragen werden.

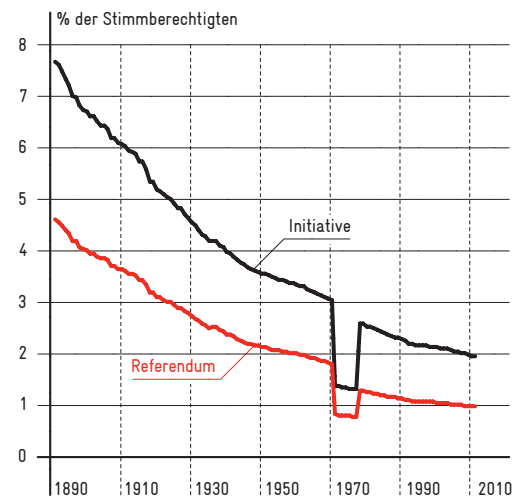
Bei den Initiativen ist die Erfolgsquote seit jeher sehr gering. Diese «Entwesentlichung» der direkten Demokratie führt bestenfalls zu einigen Verzögerungen, zusätzlichem politischem Aufwand und etwas mehr Unsicherheit, schlechtestenfalls zu einer Destabilisierung des gesamten politischen Systems.

Eine Verdoppelung oder gar Verdreifachung der Unterschriftenhürden könnte dem entgegenwirken. Die Macht von Verbänden aus dem gesamten politischen Spektrum würde gesenkt, da nicht mehr jedes Partikularinteresse so leicht zu einer Abstimmung führen würde. So kann man diesen Vorschlag auch als Mechanismus zur Selbstbindung des Souveräns sehen, die für diesen durchaus attraktiv sein kann.

Online-Publikation: 12.10.2012

Immer mehr Stimmberechtigte

Das Stimmvolk wuchs stetig, die Unterschriftenzahlen wurden aber nur nach 1971 (Frauenstimmrecht) angepasst. Dadurch sanken die Anforderungen für Volksbegehren.



Quelle: BFS; eigene Darstellung

«Das ist ein perveres System»

Der Fahrstuhl nach oben ist zwar nicht besetzt, aber er fährt deutlich langsamer. Die undurchdachte Umverteilung des Staates drängt den Mittelstand in Richtung Unterschicht und hindert ihn am Aufstieg in die Oberschicht.

Gerhard Schwarz, befragt von Beat Schmid

In der technischen Betrachtung geht es dem Schweizer Mittelstand gar nicht so schlecht.

Das ist so. Dem Schweizer Mittelstand geht es besser als noch vor 10 oder 20 Jahren. Und dem Schweizer Mittelstand geht es besser als dem deutschen, französischen und italienischen Mittelstand. Aber wen überrascht das schon? Schon überraschender ist, dass bei uns trotz Krise kein Einkommensrückgang eingetreten ist.

Wo also liegt das Problem?

Der Mittelstand ist ein relativer Begriff, der sich gegenüber den beiden Polen oben und unten definiert. Und gegenüber diesen hat der Mittelstand verloren. Relativ gesehen geht es dem Mittelstand also schlechter. Interessant ist, dass nicht nur die

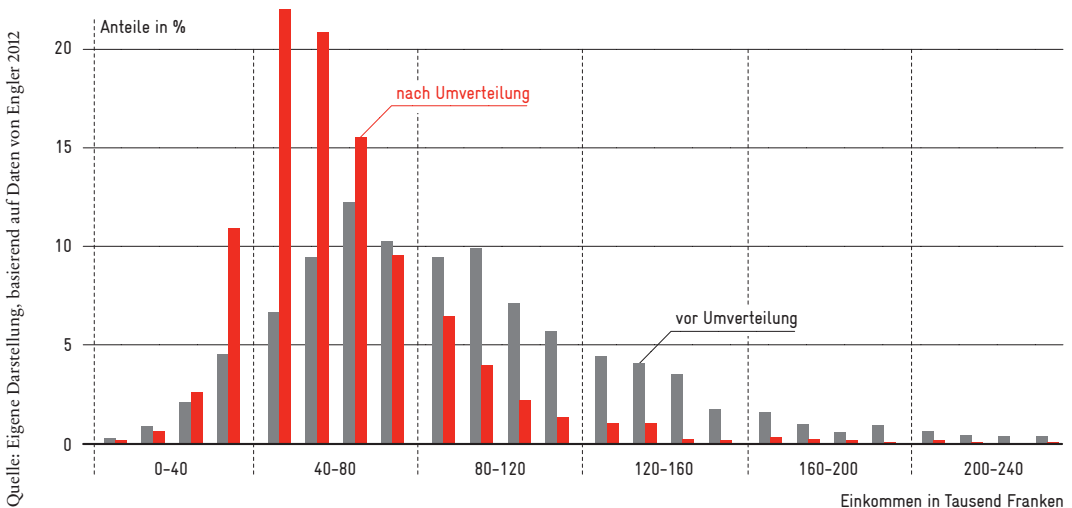
Oberschicht zulegen konnte – um etwa 15 Prozent –, sondern auch die Unterschicht, die sich um 7 bis 10 Prozent verbessert hat.

Die Pole erdrücken den Mittelstand?

Der Abstand zur Unterschicht ist kleiner geworden im Vergleich zu früher. Der Abstand zur Oberschicht dagegen grösser. So gesehen ist der Mittelstand in Richtung Unterschicht abgerutscht. Das entspricht auch der gefühlten Realität vieler Menschen. Es liegt in der menschlichen Natur, dass wir uns mit anderen Teilen der Gesellschaft vergleichen. Und wenn wir feststellen, dass wir mehr unter Druck kommen und weniger profitieren als andere, dann löst das Stress aus, und wir fühlen uns benachteiligt. Der Mittel-

Arbeitender Mittelstand unter Abgabendruck

Der Staat drückt mit undurchdachter Umverteilung grosse Teile des erwerbstätigen Mittelstands an die Grenze zur Unterschicht. Seine Leistungen wiegen die massive Belastung durch Steuern, Abgaben und Sozialbeiträge nicht auf.



stand hat immer von der Perspektive gelebt, wenn ich mich anstrengte, dann schaffe ich es vielleicht, in die Oberschicht aufzusteigen. Die jüngste Entwicklung geht aber gerade in die andere Richtung.

Ist der Aufstieg in die Oberschicht schwieriger geworden?

Der Aufstieg ist deutlich schwieriger geworden. Man kann nicht sagen, dass der Fahrstuhl nach oben besetzt ist, aber er fährt deutlich langsamer als früher. Das hat nicht zuletzt mit der staatlichen Umverteilung zu tun.

Welchen Effekt hat die Umverteilung?

Der obere und mittlere Mittelstand wird an den unteren Rand des Mittelstands geschoben. Durch die staatliche Umverteilungsmaschine wird die Mitte komprimiert. Das ist ein echtes Problem.

Warum?

Wenn man die Krippenbeiträge und Krankenkassenzuschüsse mitberücksichtigt, werden Mittelstandseinkommen mit einem impliziten Grenzsteuersatz von 90 Prozent belastet. Dabei sind Beiträge für Sozialwohnungen noch nicht mal eingerechnet. Wenn man diese auch berücksichtigen würde, geht es den Menschen oft besser, wenn sie weniger oder gar nicht mehr arbeiten.

Deshalb wollen Sie einkommensabhängige Gebühren abschaffen?

Einkommensabhängige Gebühren wie Krippenbeiträge und Krankenkassenbeiträge gehören abgeschafft, weil sie völlig falsche Anreize setzen. Der Staat sagt: Hier hast du Geld, damit du dein Kind fast gratis in die Krippe geben kannst, und die Krankenkassenprämien schenken wir dir auch noch. Später bekommst du noch Stipendien. Auf der anderen Seite der Skala belasten wir die Starken, wo es nur geht. Da sagt der Staat: Wir geben dir eine bestimmte Vergünstigung nicht, weil du eine Einkommensschwelle überschritten hast. Das führt dazu, dass Menschen genau abwägen, ob sie mehr arbeiten sollen oder nicht. Das ist ein perverses System – weg damit!

Publikation: 18.11.2012 in «Der Sonntag»

Land der Mitte

Dem Mittelstand geht es gut, aber er fühlt sich schlecht. Warum?

Ohne Übertreibung lässt sich die Schweiz als die «Mittelstandsnation» schlechthin bezeichnen. Sie definiert sich mehr aus dem Durch-



schnitt heraus als von den Rändern her. Sie versteht den Mittelstand, fast mythisch überhöht, als eine tragende Säule, deren wirtschaftliche Kraft und Robustheit auch

politisch stabilisierend wirkt. Und vor allem: Die Schweiz hat es bisher wie kaum ein zweites Land geschafft, ihren hohen Wohlstand breit zu verteilen und damit sehr integrierend zu wirken, und zwar schon bevor der Staat umverteilend eingreift. Es geht dem Schweizer Mittelstand denn auch gut – sogar sehr gut, wie die Lohnstatistiken und die Haushaltsbudgets zeigen.

Diese objektiv günstige Lage kontrastiert aber auffallend mit der Stimmung in der Mitte der Gesellschaft. In weiten Teilen des Mittelstands sind Unzufriedenheit und Verunsicherung zu spüren. Mit dem Band «Der strapazierte Mittelstand. Zwischen Ambition, Anspruch und Ernüchterung» (Verlag Neue Zürcher Zeitung) legen Patrik Schellenbauer und Daniel Müller-Jentsch als Herausgeber deshalb eine umfassende Analyse vor: Zusammen mit renommierten Experten zeigen sie die tatsächliche Lage des Schweizer Mittelstands. Das Buch ist für 38 Franken erhältlich, eine Zusammenfassung kostenlos herunterzuladen.

www.avenir-suisse.ch/22412/der-strapazierte-mittelstand

Kosten sinken, Subventionen nehmen zu

Erneuerbare Energien lassen sich günstiger produzieren. Doch in Deutschland, das sie besonders grosszügig fördert, spüren die Stromverbraucher nichts davon – im Gegenteil. Die Schweiz sollte von diesem schlechten Beispiel lernen.

Urs Meister

Dass die Kosten neuer erneuerbarer Energien sinken, ist zweifellos eine gute Nachricht. Technologien wie die Onshore-Windkraft produzieren heute nahe an den Marktpreisen, so dass sie kaum mehr auf Subventionen angewiesen sind. Das deutsche Fraunhofer-Institut berechnete vor kurzem die durchschnittlichen Produktionskosten von Onshore-Windanlagen an guten Standorten auf 0,06 bis 0,08 Euro/kWh. Zum Vergleich: An der EEX lagen 2011 die Strompreise für Grund- und Spitzenlast bei rund 0,05 bzw. 0,06 Euro/kWh.

Deutlich weiter entfernt von der Marktfähigkeit ist dagegen die Photovoltaik (PV), trotz beeindruckender Kostendegression. Laut Angaben des Fraunhofer-Instituts betragen aktuell die durchschnittlichen Stromgestehungskosten von PV-Kleinanlagen in Süddeutschland 0,14 bis 0,16 Euro/kWh – 2004 lagen sie noch zwischen 0,5 und 0,6 Euro/kWh. Die deutliche Kostensenkung ist sowohl auf sinkende Weltmarktpreise für Silizium als auch auf Lernkurven- und Skaleneffekte bei der Herstellung von PV-Anlagen zurückzuführen. Daneben haben Überkapazitäten in der PV-Produktion die Preise weiter fallen lassen.

Schwerere Last auf den Haushalten

Vieles deutet darauf hin, dass weitere Kostensenkungen möglich sind, wenn auch mit deutlich abnehmender Dynamik. Doch von diesen guten Nachrichten spüren deutsche Stromverbraucher bisher wenig. Im Gegenteil: Die Förderung erneuerbarer Energien im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) – dem Pendant zur schweizerischen Kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) – wird kontinuierlich teurer.

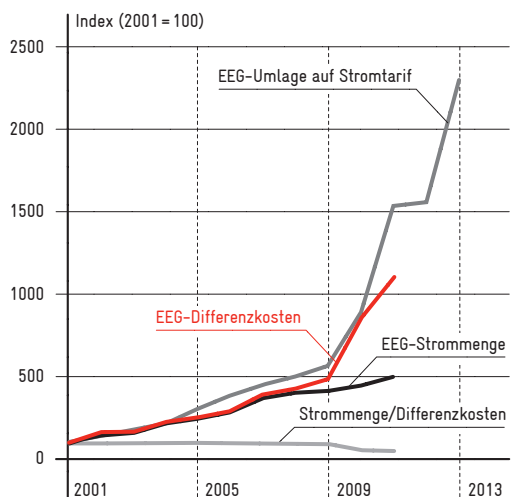
2001 betrug die EEG-Umlage (Zuschlag auf dem Endverbraucherpreis) noch 0,0023 Euro/kWh, 2011 bereits 0,036 Euro/kWh und jetzt 0,053 Euro/kWh.

Ein durchschnittlicher Drei-Personen-Haushalt bezahlt inzwischen jährlich gegen 180 Euro für die Förderung erneuerbarer Energien – etwa 60 Euro mehr als 2012.

Erklären lässt sich die steigende Belastung mit dem anhaltenden Wachstum der Produktion von subventioniertem Ökostrom. Diese betrug 2001 noch rund 18 TWh, 2011 waren es bereits über 91 TWh – das entspricht etwa 150 % der schweizerischen Gesamtproduktion. Doch ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass das Wachstum der EEG-Subventionen (EEG-Differenzkosten) über jenem der Ökostromproduktion lag (siehe Grafik). Angesichts der Kostendegression überrascht diese Entwicklung: Offenbar hinkt die Abgeltung der tatsächlichen Kostenentwicklung hinterher. Besonders

Die Kosten für Solarstrom explodieren

Der Zuschlag für Erneuerbare auf den Strompreis (EEG-Umlage) hat sich gut verzehnfacht, der Subventionsbetrag verzehnfacht – obwohl PV-Strom günstiger wird.



Quelle: eigene Darstellung auf Basis BMI, BDEW, eeg-kwk.net

relevant ist dieser Effekt bei der Photovoltaik, wo die Kostendegression dynamisch und schwer zu prognostizieren ist. So lagen die Vergütungen für kleinere PV-Anlagen bis Anfang 2012 noch zwischen 0,18 und 0,24 EUR/kWh, ab Oktober 2012 bei rund 0,13 bis 0,19 EUR/kWh. Regelmässig führt eine Ankündigung von Vergütungsanpassungen zu einem Installationsboom – schliesslich möchte man mit günstiger Technologie noch von höheren Abgeltungen profitieren. Es kommt daher zu Mitnahmeeffekten – gerne nimmt man die Subvention, auch wenn sie gar nicht in dieser Höhe nötig ist.

Immer mehr teurer Solarstrom

Dass die Subventionsbürokratie der Kostendegression nachhinkt, vermag aber nicht zu erklären, weshalb die Subventionen stärker steigen als die vom EEG geförderte Strommenge. Die wachsende Differenz deutet auch auf eine insgesamt sinkende Effizienz hin. Dies lässt sich einerseits auf den wachsenden Anteil teurerer Technologien im EEG-Portfolio zurückführen. Zwischen 2004 und 2011 stieg der Anteil des relativ kostspieligen Solarstroms von 1,5% auf 21%. Dadurch steigen die durchschnittlichen Förderkosten. Andererseits nahmen die Förderkosten wegen der sinkenden Strompreise im Grosshandel zu. 2008 lagen im Marktgebiet Deutschland-Österreich die Preise für Grundlast noch bei etwa 0,07 Euro/kWh. Damit stiegen auch die nötigen Subventionen an, denn diese berechnen sich als Differenz zwischen Produktionskosten und Marktpreis.

Die sinkenden Strommarktpreise ihrerseits sind nicht nur eine Folge des wirtschaftlichen Abschwungs in Europa sowie relativ tiefer Gaspreise und Kraftwerksüberkapazitäten, sondern auch ein Ergebnis der wachsenden Förderung erneuerbarer Energien. Da sie bevorzugt ins Netz eingespielen werden und ihre Produktion meist keine Grenzkosten verursacht, verdrängen sie fossile Kraftwerke aus dem Markt. Dieser sogenannte Merit-Order-Effekt führt zu Preissenkungen an der Strombörse. Der Effekt wird für das Jahr 2011 auf etwa 0,009 Euro/kWh geschätzt (2009 0,006 Euro/kWh).

Diese Entwicklungen erklären jedoch nicht völlig, weshalb die Abgaben der Verbraucher stärker steigen als die gesamten – ohnehin überproportional wachsenden – EEG-Subventionen. Ein zentraler Grund dafür ist die zunehmende Entlastung von stromintensiven Unternehmen. Damit sie im internationalen Wettbewerb nicht benachteiligt werden, zahlen sie keine oder geringere EEG-Umlagen. Dieser sogenannte privilegierte Letztverbrauch betraf 2004 noch Unternehmen mit einem Gesamtverbrauch von 37 TWh, bis 2011 stieg dieser Wert auf über 85 TWh. Die nicht privilegierten Letztverbraucher müssen deshalb einen überproportional steigenden Beitrag bezahlen. Stromintensive Unternehmen profitieren daher nicht nur von der EEG-Befreiung, sondern auch vom Merit-Order-Effekt. Weil viele energieintensive Unternehmen zudem von den ebenfalls wachsenden Netzgebühren befreit sind, ist für sie die deutsche Energiewende unter dem Strich ein lohnendes Geschäft.

**Die nötigen Subventionen steigen vor-
derhand weiter stärker
als die geförderte
Strommenge.**

Die Zuschläge steigen weiter

Der Trend, dass die Verbraucher in Deutschland immer mehr EEG-Zuschlag zahlen, wird aus zwei Gründen anhalten:

- Erstens steigen die nötigen Subventionen vorderhand weiter stärker als die geförderte Strommenge – nicht zuletzt wegen der wachsenden teuren Offshore-Windproduktion.
- Zweitens lässt sich die politische Akzeptanz des EEG nur mit wachsender Abgabenbefreiung aufrechterhalten. Sollte sich die gesamtwirtschaftliche Situation weiter anspannen, werden weitere Unternehmen eine EEG-Entlastung für sich reklamieren. Daneben wird jetzt schon eine Befreiung von einkommensschwachen Kleinverbrauchern diskutiert.

Online-Publikation: 25.10.2012

Das Verbot ist ein Vorteil

Im Internet darf die SRG weiterhin nicht werben. Das könnte sich jedoch als Vorteil erweisen, wenn die gebührenfinanzierte SRG dafür ihr Online-Angebot ausbauen kann. Deshalb drängt sich eine Neuordnung des Service public auf.

Urs Meister

Die SRG wird vorläufig weiterhin keine Werbung auf ihren Online-Plattformen ausschalten können. Auf den ersten Blick sind das gute Nachrichten für die privaten Verlage. Denn durch den faktischen Ausschluss der SRG nimmt die Intensität des Wettbewerbs im Online-Werbemarkt ab. Dies ist umso bedeutender, als es sich bei der SRG um einen gewichtigen Player handelt. So wird etwa die Homepage des Schweizer Fernsehens deutlich häufiger aufgerufen als die Newsportale von Tagesanzeiger oder NZZ.

Der tatsächliche Vorteil für die privaten Verlage muss jedoch relativiert werden. Schliesslich wird ihr möglicher Online-Werbeumsatz in erster Linie durch die Nutzerzahlen bestimmt. Und diese wiederum sind von der Attraktivität des Angebots abhängig. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass zusätzliche Werbung von den Nutzern eher als störend wahrgenommen wird.

Online sind Erträge gering

Die Websites der SRG werden auch künftig werbefrei bleiben und damit für die Nutzer tendenziell attraktiver sein als die News-Seiten privater Anbieter. Natürlich lässt sich argumentieren, das geringere Einnahmepotenzial beeinträchtigt umgekehrt den Umfang und die Qualität des Online-Angebots der SRG – was wiederum einen Vorteil für die privaten Verlage darstellen würde. Diese These ist jedoch gewagt, denn bei genauem Hinsehen zeigt sich das im wesentlichen gebührenfinanzierte Modell der SRG als bedeutender strategischer Vorteil gegenüber den privaten Verlagen. Nach wie vor ist das Ertragspotenzial im Online-Bereich eher beschränkt. So lag im ersten Halbjahr 2012 der Anteil der Online-Werbung im gesamten schweizerischen Werbemarkt bei lediglich etwa 7% – dabei wird neben der klassischen Display-Online-Werbung auch

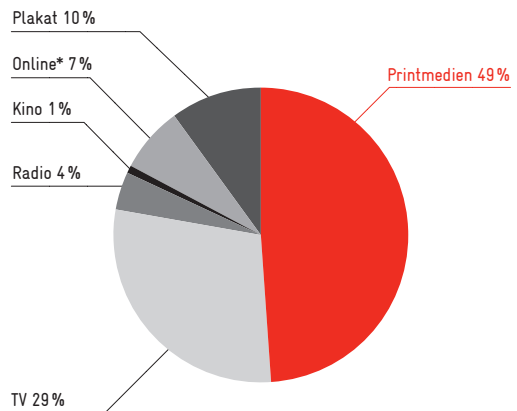
die inzwischen bedeutendere Suchmaschinenwerbung eingerechnet (siehe Grafik).

Es ist daher für die Verlage schwierig, ihr publizistisches Angebot allein über die Erträge aus dem Netz zu finanzieren. Faktisch werden die Online-Inhalte durch das Print-Angebot mitfinanziert. Doch wenn das Geschäft im Printbereich schrumpft, wird dies immer schwieriger. So zeigt eine US-Studie, dass die amerikanischen Zeitungen in den vergangenen Jahren den Umsatzschwund im Printbereich lediglich zu einem Siebtel durch Mehreinnahmen im Internet kompensieren konnten.

Aufgrund der Gebührenfinanzierung muss dagegen die SRG keine Erosion der Erträge im Kerngeschäft fürchten. Auch ist die SRG weniger den

Im Netz ist kaum Geld zu verdienen

Selbst mit der Suchmaschinenwerbung machte das Online-Geschäft im ersten Halbjahr 2012 nur bescheidene 7 Prozent des gesamten Schweizer Werbemarktes aus.



*Expertenschätzungen und Hochrechnungen der Werbedruckstatistik

Launen der Konjunktur ausgesetzt. Während die Werbeerträge eng mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung korrelieren, bleiben die Gebührenerträge davon unberührt. Vielmehr profitierte die SRG in den vergangenen Jahren von stetig (real) steigenden Gebühreinnahmen – erstens wegen der real steigenden Tarife und zweitens wegen der wachsenden Anzahl Haushalte. Sollte die Politik zudem die «fehlenden» Online-Werbeerträge durch zusätzliche Gebühren kompensieren, könnte der SRG aus dem bundesrätlichen Entscheid sogar noch ein strategischer Vorteil erwachsen.

Bundesrat will Regeln lockern

Eine solche Entwicklung ist nicht ausgeschlossen. Immerhin hat der Bundesrat zeitgleich mit dem Verbot der Internetwerbung angekündigt, dass er der SRG im Internet mehr publizistische Möglichkeiten einräumen will. Dabei soll vor allem jene Regelung gelockert werden, wonach die Online-Angebote auf Radio- und TV-Programme bezogen sein müssen. Im Gegenzug soll die Anzahl Zeichen pro Artikel begrenzt werden. Ein Feilschen ist dabei vorprogrammiert: Während der Bundesrat von 1000 Zeichen redet, fordern die Verlage 800 und die SRG 1500 – dieser Beitrag umfasst übrigens etwa 4400 Zeichen (inkl. Leerzeichen).

Doch derartige punktuelle Regulierungen können längerfristig das Problem der immer grösser werdenden Wettbewerbsverzerrungen im Medienmarkt nicht lösen. Die privaten Verlage sind nicht nur mit sinkenden Umsätzen im klassischen Geschäft konfrontiert, sondern auch mit der wachsenden Konkurrenz durch ein immer breiteres gebührenfinanziertes Angebot. Vor dem Hintergrund der wachsenden Konvergenz der Medien, wo Texte, Audio und Visio vermehrt gemeinsam angeboten werden, ist das besonders kritisch. Die neuen technischen Gegebenheiten und die veränderten Präferenzen der Konsumenten erfordern daher eine grundsätzliche Neuordnung des Service public bei den elektronischen Medien. Avenir Suisse hat im Buch «Mehr Markt für den Service public» Vorschläge dazu gemacht.

Online-Publikation: 24.09.2012

Grundeinkommen

Seit einigen Monaten erhält Avenir Suisse jeden Freitag den elektronischen Newsletter des Initiativkomitees für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE). Warum uns dieses Privileg zuteil wird, können wir nur vermuten. Möglicherweise haben wir es versäumt, nach dem einen oder anderen Podiumsgespräch darauf hinzuweisen, dass E-Mail-Adressen nicht für Werbezwecke missbraucht werden sollten.

Der Newsletter ruft dazu auf, die Unterschriftensammlungen zu besuchen, ja, selber Unterschriften zu sammeln. Es wird dabei nicht geizt mit Beschwörungen wie «Die Zeit ist reif». Im Betreff stehen möglichst agitatorische Schlagzeilen wie «Generation Grundeinkommen schlägt wieder zu» oder «Schafft mehr Arbeitslosigkeit!». Ein Kurzinterview mit einem BGE-Befürworter, der sich möglichst philosophisch gibt, rundet die Sache jeweils ab. Darin zu lesen sind Sätze wie «Das Umdenken ist das Interessante», «Vor neuen Ideen hatte die Menschheit schon immer Angst» oder «Das Grundeinkommen polarisiert so heftig, weil es um Macht geht». Oft wird auch darauf verwiesen, das BGE löse das Recht auf ein Leben in Würde ein – was daran würdevoll sein soll, vom Staat 2500 Franken pro Monat fürs Nichtstun zu beziehen, beantworten die «Philosophen» nicht.

Einen ganz grossen Bogen machen die Initianten hingegen um jede auch nur halbwegs sachliche Diskussion zu den ökonomischen Auswirkungen des BGE. Auf die überzeugenden Modellrechnungen von Economiesuisse, die zeigen, dass ein BGE von monatlich 2500 Franken einen Mehrwertsteuersatz von 50% (!) erforderte und mit einem Rückgang des Bruttoinlandprodukts um bis zu 20% verbunden wäre, reagiert die «Community» nicht etwa mit einer Gegen Darstellung, sondern mit einem Newsletter, der triumphierend festhält: «Economiesuisse schaltet sich ein». Indem die Initianten derart vernichtende Gegenargumente als Bestätigung des eigenen Tuns uminterpretieren, verschliessen sie sich genau der Diskussion, für die sie behaupten, offen zu sein. LR

Was bei Reformen zum Erfolg führt

*Wie lassen sich für Reformen der Sozialwerke Mehrheiten gewinnen?
Erfolgreiche Beispiele in anderen Ländern zeigen, was es dafür braucht.*

Alois Bischofberger

Die Politik tut sich mit Reformen in den Sozialversicherungen schwer. Sie sind unpopulär, und die Folgen der Untätigkeit werden erst mittel- und langfristig sichtbar. Das verstärkt den Anreiz, notwendige Massnahmen auf die lange Bank zu schieben. So kommt es zu Reformstau. Es ist deshalb wichtig, die Erfolgsfaktoren zu kennen, die diesen Stau auflösen können:

1. Ein politisches Tauschgeschäft

Sozialreformen müssen den politischen Tausch ermöglichen. Dieser baut Elemente in eine Reform ein, die zwar zur Erreichung des betreffenden Reformziels nicht notwendig sind, aber wichtige Anliegen der Reformgegner in andern Bereichen berücksichtigen. So könnte die Senkung des Umwandlungssatzes zwecks nachhaltiger Finanzierung der zweiten Säule gegen die Abschaffung des Koordinationsabzugs getauscht werden. Damit käme man einem Anliegen der politischen Linken entgegen.

2. Vorrang den Automatismen

Automatismen können in Gesetzen helfen, Blockaden bei schwierigen Entscheiden vorwegzunehmen und durch vordefinierte Mechanismen zu lösen. So kann die Politik bereits heute festlegen, wie das Rentenalter bei einer signifikanten Zunahme der Lebenserwartung anzupassen ist. Die Politik bleibt dabei Kontrollinstanz. Sie bestimmt, wann und wie schnell auf potenzielle gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren ist.

3. Neue Paradigmen einführen

Fundamentale Reformen werden manchmal leichter akzeptiert als inkrementelle Revisionen.

Das ist deshalb der Fall, weil die unmittelbaren Gewinne und Verluste der verschiedenen Interessengruppen weniger eindeutig sind. Grabenkämpfe, in denen jeder sein Gärtchen verteidigt, können vermieden werden. Die freie Wahl der Vorsorgeeinrichtung wäre ein solcher Paradigmenwechsel.

4. Es geht nicht ohne Übergangsfristen

Es braucht lange Übergangsfristen bis zur Umsetzung der Reformen. Die unmittelbar Betroffenen sollen sich an die neue Situation anpassen können. So müssten Arbeitnehmer, die kurz vor der Pensionierung stehen, bei einer schrittweisen Erhöhung des Rentenalters um 1,5 Monate pro Jahr ihre Arbeitszeit um wenige Monate verlängern. Jüngere Arbeitnehmer hätten mehr Zeit, um sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen. Längere Übergangsfristen tragen auch der Tatsache Rechnung, dass ältere, von Reformen unmittelbar betroffene Bürger überproportional an Abstimmungen teilnehmen.

5. Kostentransparenz für die Bürger

Schliesslich sind die Erfolgchancen von Sozialreformen grösser, wenn sich die finanziellen Risiken der Sozialwerke nicht mehr wegdiskutieren lassen. In der beruflichen Vorsorge spüren die Bürger den finanziellen Druck nicht direkt. Die imposante Höhe der beruflichen Vorsorgekapitalien – 755 Mrd. Fr. im Jahr 2010 – vermittelt ein falsches Sicherheitsgefühl. Die Notwendigkeit, heute Massnahmen zu treffen, um die finanzielle Stabilität von morgen zu sichern, wird dabei übersehen. Deshalb leisten Reformen wie die korrekte Bestimmung des Umwandlungssatzes einen wichtigen Beitrag zur Kostentransparenz in der beruflichen Vorsorge. So können die Bürger die Tragweite heutiger Entscheide besser in die Zukunft projizieren.

Online-Publikation: 23.11.2012

Es ist wichtig, die Erfolgsfaktoren zu kennen, die den Reformstau auflösen.

Alter verdrängt Jugend nicht

Wer die Jungen ins Erwerbsleben bringen will, indem er die Arbeit «teilt» und die Älteren in die Pensionierung schickt, der schadet allen Arbeitswilligen.

Alois Bischofberger

Mit Frühpensionierungen wurde in den letzten beiden Jahrzehnten der restrukturierungsbedingte Personalabbau abgefedert. Auch wegen des gestiegenen Wohlstands und der ausgebauten Altersvorsorge galt das frühzeitige Ausscheiden aus dem Berufsleben als erstrebenswert. Heute wächst die Erkenntnis, dass man damit in eine Sackgasse geraten ist.

Immer noch wird aber behauptet, dass eine hohe Beschäftigungsquote der Älteren erstens die Jungen am Eintritt in den Arbeitsmarkt hindere und zweitens zu steigender Arbeitslosigkeit bei der mittleren Generation führe, die für ihre Familien auf das Arbeitseinkommen besonders angewiesen ist. Das Argument beruht auf der falschen Prämisse, dass die Arbeitsmenge in einer Volkswirtschaft eine fixe Grösse ist. Es wird der Dynamik auf den Arbeitsmärkten nicht gerecht. Wachstum schafft zusätzliches Einkommen, das in die Gütermärkte fliesst und dort eine zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskräften auslöst. Arbeit schafft Arbeit.

Fesseln für den Arbeitsmarkt

Das Argument, die jüngeren verdrängten die älteren Beschäftigten, findet in der Empirie keine Bestätigung – im Gegenteil. In zahlreichen OECD-Ländern geht ein hoher Beschäftigtenanteil der 55- bis 64-Jährigen einher mit einer überdurchschnittlichen Beschäftigungsquote der 15- bis 24-Jährigen. Umgekehrt sind weniger Junge beschäftigt, wo sich die Älteren scharenweise aus dem Berufsleben zurückgezogen haben. Die Länder, die ihre Beschäftigten durch regulatorischen Übereifer «schützen» wollen, darunter die Krisenstaaten im Süden Europas, legen den Arbeitsmärkten damit Fesseln an.

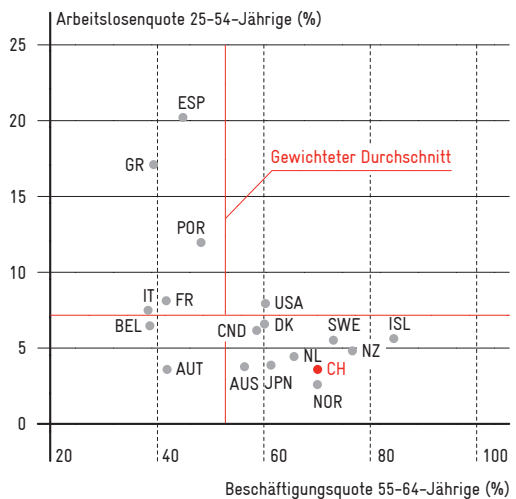
Auch die Behauptung, die höhere Arbeitsmarkt-beteiligung der älteren Erwerbsgeneration treibe

die mittleren Generationen in die Arbeitslosigkeit, wird durch die Daten nicht gestützt. Das zeigt der Vergleich der Beschäftigungsquote der 55- bis 64-Jährigen mit der Arbeitslosenquote der 25- bis 54-Jährigen. Diese bilden den Hauptharst der Erwerbsbevölkerung. Die Arbeitslosenquote ist dort besonders hoch, wo die Beschäftigungsquote der älteren Arbeitnehmer unter dem OECD-Durchschnitt liegt (siehe Grafik). Auch hier drängt sich der Schluss auf, dass Regulierungsexzesse und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, nicht Verdrängungseffekte das Kernproblem sind. Die Fakten entziehen den Einwänden gegen eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit die Grundlage.

Online-Publikation: 08.11.2012

Arbeit schafft Arbeit

Wo viele Ältere arbeiten, wie in Skandinavien oder in der Schweiz, liegen die Arbeitslosenquoten für die mittleren Generationen tief – und umgekehrt.



Quelle: OECD Employment Outlook 2011

Risiken sehen, Regulierung drosseln

Wie der Finanzplatz entwickelt sich der Rohstoffhandel für die Schweiz zur Quelle des Wohlstands, aber auch zum Reputationsrisiko. An der Herbsttagung von Avenir Suisse sagten vier Experten, wie das Land damit umgehen sollte.

Markus Schär

«Wir sollten den berechtigten Anliegen der Kritiker mit einer geeigneten Lösung Rechnung tragen.»

Ein Steuersegen ergiesst sich dank der Manager von Glencore über die Gemeinde Rüslikon und den Kanton Zürich. Und nicht nur diese hochwillkommene Bescherung zeigt: Inert kurzer Zeit ist der Rohstoffhandel für die Schweiz zu einer wichtigen Quelle des Wohlstands herangewachsen. Aufgrund der Kritik, auf die das geheimnisvolle Geschäft stösst, könnte sich die Branche aber auch zum Reputationsrisiko für das Land entwickeln. An der Herbsttagung im Basler «Ackermannshof» setzte sich Avenir Suisse deshalb mit dem Rohstoffgeschäft auseinander.

Er sehe gewisse Parallelen des Finanzplatzes mit dem Rohstoffhandel, betonte Staatssekretär Michael Ambühl: Bei einzelnen Rohstoffen ist die Schweiz der Handelsplatz Nummer 1, und das Transithandelsgeschäft des Rohstoffsektors macht 3,6 Prozent des Schweizer BIP aus; die Branche hat also eine erhebliche volkswirtschaftliche Bedeutung. Wie der Finanzplatz kann der Rohstoffhandel aber «moralische» Fragen aufwerfen, vor allem bezüglich der Einhaltung der Menschenrechte und der Umweltnormen beim Abbau der Rohstoffe sowie bei der Umgehung von Sanktionen. Das führe zum Fazit: «Auf beide Branchen herrscht Druck zu mehr Transparenz.»

In der Finanzmarktpolitik habe die Schweiz früher oft eine starre «Gotthard-Réduit-Haltung» eingenommen, stellte der Staatssekretär fest, «auch dann, wenn eher eine flexible, aktive Abwehr-Strategie gefordert gewesen wäre». Das be-

deutet für den Rohstoffhandel: «Weder sollten wir aus Sorge um mögliche Reputationsschäden den Rohstoffsektor dermassen überregulieren und einengen, dass die Firmen aus der Schweiz abwandern, noch sollten wir aus Sorge um liberale Wirtschaftsgrundsätze über bestehende Risiken hinwegsehen.»

Daraus liessen sich Handlungsvorgaben für die Schweiz ableiten. Erstens das Einhalten von fundamentalen internationalen Standards, vor allem was die Menschenrechte angeht. Zweitens das aktive Mitwirken beim Standardsetting im gouvernementalen multilateralen Rahmen. Und drittens das Beachten von wirtschaftlichen Überlegungen, also Bemühungen, die attraktiven Standortfaktoren nicht zu verschlechtern. Daraus schloss Michael Ambühl: «Wir sollten den berechtigten Anliegen der Kritiker mit einer geeigneten Lösung Rechnung tragen, ohne dabei die wirtschaftlichen Überlegungen aus den Augen zu verlieren.»

«Es braucht Leute, die mit Risiken umgehen»

«Die Rohstoffhändler machen einen nützlichen Job», betonte Professor Philippe Chalmin von der Universität Paris-Dauphine, der die Branche seit Jahrzehnten begleitet. Denn: «Wir leben immer noch im grössten Rohstoffschock, den es je gab.» Während in den 1970er-Jahren mit ihren Erdölkrisen nur die Versorgung mit Rohstoffen instabil war, sei jetzt die ganze Welt so instabil wie noch nie. Deshalb schüfen die Rohstoffhändler Nutzen: «Eine unsichere Welt braucht Leute, die mit Risiken umgehen können.»

Das Wachstum fordert Rohstoffe; der Nachschub aber fehlt, weil der Bergbau bis in die 1990er-Jahre darniederlag und das Hochfahren von Minen bis zu zwanzig Jahre dauert. Deshalb

sagte Chalmin dem Rohstoffgeschäft ein goldenes Zeitalter voraus – «und damit der Schweiz mit dem inzwischen grössten Cluster».

Die Schweiz müsse verantwortungsvoll mit den Risiken des Rohstoffhandels umgehen, bemerkte Guillermo Valles von der United Nations Conference on Trade and Development Unctad in Genf. Die Rohstoffbranche handle vorwiegend «mit den Schwächsten der Ärmsten», stellte der Handelsdiplomate fest: «Wir müssen diese Machtasymmetrien sehen.» Aber er stimmte auch Professor Chalmin zu, der eine Unterscheidung von fairem und unfairem Handel ablehnte und betonte: «Die Menschen verhungern nicht wegen fehlender Nahrungsmittel, sondern wegen schlechter Regierungen.»

Vor einer glänzenden Zukunft

Wie die «schillernde, geheimnisvolle Branche» tatsächlich arbeitet, erklärte Daniel Jaeggi von Mercuria Energy Trading in Genf, einem der fünf grössten unabhängigen Energiehändler. «Wir arbeiten nur mit unserem intellektuellen Kapital», nannte er als wichtigsten Grund, weshalb die Rohstoffhändler die Verschwiegenheit pflegen und ihre Aktien zumeist nicht im Publikum streuen: «Wir haben auf keiner unserer Ideen das Copyright – wenn wir der Welt sagen, wie wir unseren Profit machen, kopiert man uns über Nacht.»

Der Zwang zur Geheimhaltung bedeute aber nicht, dass beim Handeln keine Regeln und keine Transparenz herrschten, betonte Jaeggi. Er zeigte eine Liste von nicht weniger als 25 Behörden, denen seine Firma weltweit Rechenschaft schuldet: «Wo immer wir Geschäfte machen, gelten globale Regeln für uns.» Letztlich komme es aber auf die Corporate Social Responsibility an: «Wir verpflichten uns auf die höchsten legalen und moralischen Standards.»

Das Geschäft sei nachhaltig, sagte Jaeggi: Von den täglich geförderten 2 Millionen Barrel Öl beispielsweise werden zwei Drittel nicht von den Förderfirmen verarbeitet, also auf dem Weltmarkt gehandelt. Daraus schloss auch Jaeggi: «Wir stehen vor einer glänzenden Zukunft.»

Online-Publikation: 15./26.10.2012

Verflechtung

Wie lässt sich die Energiestrategie 2050 umsetzen, die der Bundesrat aufgrund der Energiewende entwickelt hat? Dieser Frage widmete das Magazin für Wirtschaftspolitik «Die Volkswirtschaft» seine Ausgabe vom November 2012. Darin findet sich auch ein grösserer Artikel von Avenir-Suisse-Experte Urs Meister über «Anliegen einer internationalen und marktlichen Energiestrategie», samt Einschätzungen, wie der Boom des «unkonventionellen» Gases die globale Energielandschaft wandelt und welche Potenziale – angesichts der hohen Kosten – erneuerbare Energien in der Schweiz bieten. Die Schweiz als kleines, besonders eng mit dem internationalen Strommarkt verflochtenes Land müsse die globalen Entwicklungen im Auge behalten, betont Urs Meister. Die Artikel lassen sich auf der Website von Avenir Suisse herunterladen, die ganze Ausgabe auf der Website www.dievolkswirtschaft.ch.

Verjüngung

Seit die Schweiz 1985 das Obligatorium der beruflichen Vorsorge einführt, hat sich das sozio-ökonomische Umfeld stark gewandelt. Die Individualisierung der Gesellschaft, die Alterung der Bevölkerung und die tieferen Renditen am Kapitalmarkt stellen das Sozialwerk vor grosse Herausforderungen. Was zu tun ist, zeigen Jérôme Cosandey und Alois Bischofberger in ihrer Studie auf, die sie im September 2012 veröffentlichten: «Verjüngungskur für die Altersvorsorge. Vorschläge zur Reform der zweiten Säule». Sie fordern vor allem die Entpolitisierung des Umwandlungssatzes, damit die Kassen nicht weiter überhöhte Renten bezahlen müssen, und mehr Selbstbestimmung für die Versicherten: Sie sollen die Anlagestrategie für ihre Vorsorgegelder und mittelfristig auch die Pensionskasse frei wählen können. Das Buch erscheint jetzt auch in der französischen Fassung, ausführliche Communiqués finden sich auf der Website von Avenir Suisse.

Publikationen



Verantwortlich für diese Ausgabe Gerhard Schwarz und Markus Schär, Avenir Suisse, Zürich
 Mitarbeitende Barbara Angerer, Alois Bischofberger, Xavier Comtesse, Jérôme Cosandey, Simon Hurst,
 Daniela Lepori, Michael Mandl, Urs Meister, Andreas Müller, Daniel Müller-Jentsch, Jörg Naumann,
 Verena Parzer Epp, Lukas Rühli, Samuel Rutz, Marco Salvi, Patrik Schellenbauer, Annegret Sturm,
 Rudolf Walser, Dominique Zaugg, Luc Zobrist Redaktion Giessereistrasse 5, 8005 Zürich Telefon
 044 445 90 00 E-Mail redaktion@avenir-suisse.ch Gestaltung arnold.kircherburkhardt.ch Druckauf-
 lage 8500 Exemplare Druck Feldegg AG, www.feldegg.ch Publikation dreimal jährlich Download Nach-
 druck, auch auszugsweise, mit Quellenangabe («avenir aktuell») gestattet; abrufbar als PDF auf
www.avenir-suisse.ch.